

Postdemokratie und Neoliberalismus: zur Nutzung neoliberaler Argumentationen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2011; ein Werkstattbericht

Wiedemann, Gregor; Lemke, Matthias; Niekler, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wiedemann, G., Lemke, M., & Niekler, A. (2013). Postdemokratie und Neoliberalismus: zur Nutzung neoliberaler Argumentationen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2011; ein Werkstattbericht. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 4(1), 99-115. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61883-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Postdemokratie und Neoliberalismus – Zur Nutzung neoliberaler Argumentationen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2011

Ein Werkstattbericht

*Gregor Wiedemann / Matthias Lemke / Andreas Niekler**

1. ePol – Politische Theorie und eHumanities

Schon immer wurde und wird in der Politikwissenschaft über die qualitativen Entwicklungen westlicher Demokratien kritisch diskutiert, wobei der noch vergleichsweise jungen Debatte über die Postdemokratie auch außerhalb wissenschaftlicher Zirkel eine große Aufmerksamkeit zuteil geworden ist. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in der Diagnose der Postdemokratie alltägliche, intuitiv teilbare Beobachtungen zusammengeführt werden. Politische Entscheidungen kämen zunehmend unter dem Einfluss von Expertenkommissionen und Lobbygruppen zustande, denen es an demokratischer Legitimation mangle. Selbst auferlegte wirtschaftliche Zwänge schränkten die Handlungsspielräume der Politik derart ein, dass immer mehr Bereiche gesellschaftlicher Regulation einem Ökonomisierungsdiktat¹ unterlägen. Politische Parteien näherten sich in

* Gregor Wiedemann M. A., Universität Leipzig
Kontakt: gregor.wiedemann@uni-leipzig.de

Dr. Matthias Lemke, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr
Kontakt: matthias.lemke@hsu-hh.de

Dipl. Ing. (FH) Andreas Niekler, Universität Leipzig
Kontakt: aniekler@informatik.uni-leipzig.de

1 Wenn in der bisherigen sozialwissenschaftlichen Forschungsliteratur von ‚Ökonomisierung‘ die Rede ist, dann sind damit in der Regel dreierlei Vorannahmen verbunden: Erstens wird unter dem Stichwort ein Krisendiskurs geführt (vgl. Rosanvallon 2006; Hessel 2011a; 2011b; Unsichtbares Komitee 2010; ferner, mit Blick auf die Ausschreitungen in England und die Rolle der Protestierenden im August 2011, vgl. Altenried 2012), der sich – zweitens – auf die empirisch beobachtbare Praxis der zeitgenössischen repräsentativen Demokratie westlichen Typs bezieht (hierfür typisch etwa Klein/Heitmeyer 2011). Analysiert wird Ökonomisierung drittens mit Blick auf einen konkreten Anwendungsbereich innerhalb dieses westlichen Demokratiemusters. So liegen für verschiedene Politikfelder Untersuchungen einer jeweils politikfeldspezifisch verorteten Ökonomisierung vor. Hierbei werden häufig bestimmte Maßnahmen oder Entscheidungen isoliert, die als ökonomisch inspiriert betrachtet und die, verglichen mit der sachadäquaten Entscheidungslogik des Politikfeldes, als „korrumpiert“ (Sandel 2012: 9) oder aber als „widerrechtlich“ und „sinnlos“ (so schon Rousseau 2011: 15) bezeichnet werden. Dabei stehen insbesondere solche Politikfelder im Vordergrund, von denen eine gewisse Distanz zu ökonomisch ausgerichteten Entscheidungs- und Argumentationsmodi angenommen wird. Allen drei Vorannahmen sozialwissenschaftlicher Annäherungen an diesen Phänomenbereich ist wiederum gemein, dass sie Ökonomisierung als diskursive Praxis im Ringen um den materiellen Vollzug dieser Praxis denken und somit Begründungs- und Ergebnisdimension grundsätzlich unterscheiden.

ihren Positionen bis zur Ununterscheidbarkeit aneinander an, sodass politische Alternativen im etablierten Parteienspektrum kaum mehr sichtbar seien, was wiederum den Erfolg kleiner Protest- oder Single-Issue-Parteien erkläre. Wahlen verkämen in diesem Szenario zur bloßen Inszenierung von Führungsfiguren. Und wo in der Breite nicht mehr über Inhalte gestritten wird, gehe schließlich das Interesse an institutionalisierter politischer Beteiligung, insbesondere an Wahlen und an Parteiengagement, bei vielen BürgerInnen dramatisch zurück. Das demokratische Ideal der gleichberechtigten Teilhabe aller an der politischen Willensbildung – so die Quintessenz dieser Debatte, gerät unter den genannten Umständen zunehmend in die Defensive, sodass die Stabilität und Funktionsfähigkeit des politischen Systems insgesamt bedroht ist.

In der Politikwissenschaft, und hier insbesondere in der Politischen Theorie, ist die Diagnose der Postdemokratie bislang vor allem auf theoretischer Ebene diskutiert worden (zuletzt prominent von Streek 2013). Die Bandbreite der Debatte ist denkbar weit: Es herrscht einerseits Uneinigkeit darüber, ob die angesprochenen Punkte eine konsistente Beschreibung der gegenwärtigen Situation darstellen (Beyme 2013), und, falls dies als zutreffend beurteilt wird, entsteht andererseits ein Streit darüber, wie weit fortgeschritten die Postdemokratisierung westlicher Demokratien schon sei, beziehungsweise darüber, ob sie überhaupt noch reversibel sein kann. Was indes in der Debatte nach wie vor fehlt, ist der Versuch, die oben angedeuteten Diagnosen als Ausdrücke von Postdemokratisierung systematisch empirisch zu überprüfen. Das Forschungsprojekt *ePol – Postdemokratie und Neoliberalismus* (ePol) will diese Lücke für die Bundesrepublik Deutschland füllen. Dazu greift es auf die zentrale These des Diskurses zurück, wonach der Prozess der Postdemokratisierung durch die zunehmende Bedeutung der Leitideen des Neoliberalismus in der politischen Sphäre, das heißt durch eine Ökonomisierung des Politischen, forciert wird (Schaal/Lemke i. E.). Postdemokratisierung bezeichnet den Prozess der qualitativen Verschlechterung demokratischer Praxis, für die eine sich immer weiter verstetigende Hegemonie neoliberalen Denkens ursächlich ist. Diese – in ihrem Verlauf betrachtet – Neoliberalisierung beschreibt eine mögliche Form von Ökonomisierung², also eine Übergriffigkeit von Marktimperativen auf das Politische, die sich in materieller (politische Entscheidungen, Output) und in immaterieller (politische Begründungen) Weise vollzieht. Der Fokus der Analyse neoliberaler Ökonomisierung, wie sie in ePol verfolgt wird, ist primär auf deren immaterielle Seite gerichtet, weil sich hier nachweisen lässt, inwieweit Sachpolitiken – die im Prozess ihrer Umsetzung beliebig begründet werden können – tatsächlich mit neoliberalen Denken und ebensolchen Begründungen verbunden werden. Ihr Ziel ist der Nachweis qualitativer und quantitativer Veränderungen von Begründungen und Argumentationsmustern im öffentlichen politischen Diskurs. Das Vorhaben basiert auf der Untersuchung diachroner Volltext-Zeitungskorpora mit mehr als 3,5 Millionen Artikeln aus dem Zeitraum von 1949 bis 2011 mit Hilfe von computergestützten Text Mining-Verfahren.

ePol wird als Verbundforschungsprojekt des Lehrstuhls für Politische Theorie der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (Prof. Dr. Gary S. Schaal) und der Abteilung für Automatische Sprachverarbeitung (ASV) des Instituts für Informatik der Universität Leipzig (Prof. Dr. Gerhard Heyer) durchgeführt. Es ist eines von 24 für drei Jahre geförderten Projekten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in einer aktuellen Förderlinie für die *eHumanities*. eHumanities ist ein

2 So ließe sich etwa auch von keynesianistischer Ökonomisierung sprechen.

vergleichsweise neuer Name zur Bezeichnung bestimmter computerunterstützter Verfahren in den Sozial-, Geistes- und Rechtswissenschaften. Im Unterschied zum schon länger etablierten Begriff „Digital Humanities“ (Schreibman et al. 2004) betont er stärker, dass Computer nicht nur zur Digitalisierung, Speicherung und Verwaltung von Daten, sondern vor allem auch für Auswertungsverfahren großer Datenmengen zum Einsatz kommen.³ Der Ausschreibung des Förderprogramms zufolge geht es darum, dass „geistes- und qualitativ arbeitende sozialwissenschaftliche Fächer in Kooperation mit informatiknahen Fächern neue Forschungsansätze in ihren Fachdisziplinen entwickeln“ (BMBF 2011). Damit ist ein wesentliches Charakteristikum der eHumanities beschrieben: Es geht im Gegensatz zu klassischen quantitativen Analysen, zum Beispiel von Survey-Daten mit SPSS oder bei qualitativen Textanalysen mit Hilfe von Code-and-Retrieve-Software wie MAXQDA und ATLAS.ti, nicht um eine standardisierte Anwendung generischer Softwareprogramme durch sozial- und geisteswissenschaftliche EndanwenderInnen. Die Computerprogramme der eHumanities müssen in der Regel für ihren spezifischen Analysezweck entwickelt beziehungsweise angepasst werden, was eine enge Kooperation von EntwicklerIn und AnalystIn voraussetzt.

Computergestützte Methoden zur Textanalyse sind in den Sozial- und Geisteswissenschaften schon seit den 1950er Jahren im Einsatz. Der italienische Theologe Roberto Busa begann schon 1949 – mit Unterstützung von IBM – sämtliche Schriften des Thomas von Aquin digital zu edieren (Busa 2004). In den 1960er Jahren etablierten sich computergestützte Verfahren der quantitativen Inhaltsanalyse in den Kommunikations- und Medienwissenschaften. Die ausgeprägte Trennung von qualitativen und quantitativen Ansätzen in der geistes- und sozialwissenschaftlichen Methodendiskussion in Deutschland führte jedoch dazu, dass darüber hinausgehende computergestützte Ansätze vergleichsweise spät und langsam in das gängige Methodenrepertoire der einzelnen Disziplinen vorgedrungen sind. So stellten vor vier Jahren fünfzehn SozialwissenschaftlerInnen in einem Artikel mit dem Titel *Computational Social Science* im *Science*-Journal fest:

„The capacity to collect and analyze massive amounts of data has transformed such fields as biology and physics. But the emergence of a data-driven ‚computational social science‘ has been much slower. [...] But computational social science is occurring – in Internet companies such as Google and Yahoo, and in government agencies such as the U.S. National Security Agency.“ (Lazer et al. 2009: 721).

Um das Feld nicht Privatfirmen und Regierungsinstitutionen allein zu überlassen, müssten sich die Sozialwissenschaften noch viel mehr als bisher für die neuen Technologien öffnen. Für die deutsche beziehungsweise europäische Entwicklung können ähnliche Diagnosen gestellt werden. Die BMBF-Förderlinie kann folglich als eine mögliche Antwort auf die hier formulierten Desiderata gesehen werden. Eine weitere ist mit zwei langfristig angelegten und auf Nachhaltigkeit zielenden Forschungsinfrastrukturen auf europäischer Ebene gegeben. Mit CLARIN (Common Language Resources and Technology Infrastructure) fördert die Europäische Union (EU) über einen Zeitraum von zehn Jahren den Aufbau digitaler Sprachressourcen und damit in Zusammenhang stehender Technologien mit

3 Lev Manovich (2012) hat außerdem den Begriff „Computational Humanities“ vorgeschlagen, um hervorzuheben, dass zusätzlich zu digitalisierten Versionen der klassischen Daten, die seither von GeisteswissenschaftlerInnen untersucht werden, durch die weltweite Vernetzung und Kommunikationsrevolution des Web 2.0 eine Vielzahl neuer soziokultureller Datenquellen entsteht, die für eine geisteswissenschaftliche Untersuchung jenseits von Google und Co. zugänglich gemacht werden muss.

165 Millionen Euro.⁴ Bei DARIAH (Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities) werden Netzwerke, Projekte, Verfahren und Informationsressourcen im Bereich der Digital Humanities in derzeit dreizehn europäischen Staaten gefördert.⁵ Ziel dieser Großprojekte ist es, Daten, Verfahren, Wissen und Erfahrungen rund um die Anwendung neuer Informationstechnologien in den Sozial- und Geisteswissenschaften über einzelne Projekte und nationale Grenzen hinweg verfügbar zu machen, sodass sie gegenüber der Informatisierung anderer Wissenschaftszweige wieder aufholen.

In der aktuellen Förderlinie des BMBF ist ePol eines von sechs Projekten mit explizit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung und zudem das einzige aus der Politischen Theorie. Für diesen Teilbereich der Politikwissenschaft übernimmt es damit eine Pilotfunktion. Der noch immer weit verbreiteten Skepsis gegenüber computergestützten Analysen in der qualitativen Sozialforschung setzt das Projekt bewusst eine enge Kooperation von Politischer Theorie und Automatischer Sprachverarbeitung entgegen. Anhand der interdisziplinären Bearbeitung einer konkreten politiktheoretischen Fragestellung sollen auch Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welchen Beitrag die Methoden der eHumanities für den Methodenapparat der Politikwissenschaft insgesamt leisten können.

2. Postdemokratie und Neoliberalismus – Die Problemstellung

Auch wenn das Unbehagen an der Postdemokratie und die mit dem Begriff verbundene Debatte (zur Orientierung Schaal/Ritzi 2012; Ritzi 2013) von unterschiedlichen AutorInnen vorgebracht und ausgetragen worden ist – an prominenter Stelle etwa von Sheldon Wolin, der von der gegenwärtigen Demokratie als einem „inverted totalitarianism“ (Wolin 2008) spricht, oder von Jacques Rancière (1995), der unter Postdemokratie die Liquidation aller Umstrittenheit versteht – so bleibt der Begriff und die mit ihm assoziierte Gegenwartsdiagnose doch zuallererst auf einen Namen bezogen: Colin Crouch. Anhand einer Zusammenschau seines Demokratieideals und der aus der Perspektive dieses Ideals formulierten Gegenwarts kritik lässt sich der Kern der Debatte sozusagen idealtypisch rekonstruieren. Über das, was ein Gelingen demokratischer Praxis ausmacht, schreibt Crouch:

„Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheiten auch aktiv nutzt. Dieses Ideal basiert auf anspruchsvollen Vorannahmen: Es setzt voraus, dass sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet; dass diese Menschen ein gewisses Maß an Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen.“ (Crouch 2008: 8 f.)

Trotz aller Unschärfen – was ist eine sehr große Anzahl? wann sind Debatten ernsthaft? welches Maß von Sachverstand ist erforderlich und wie wird das kontrolliert? – wird deutlich, auf welchen Säulen eine – im normativen Sinne – gute demokratische Praxis für Crouch gründen muss. Demokratische Politik ist öffentlich, sie ist Sache der Vielen und damit notwendigerweise kontrovers, weswegen sie der im Medium der Sprache vollzogenen intersubjektiven Vermittlung und schließlich der kollektiv verbindlichen Entscheidungsfin-

4 <http://www.clarin.eu>

5 <http://www.dariah.eu>

dung bedarf. Damit entsteht ein Bild demokratischer Politik, das diese idealtypisch an aktive Teilhabe, Diskurs und Deliberation knüpft. Gelingen diese drei Elemente, dann gelingt in der Summe auch Demokratie. Auf der anderen, diesem republikanisch anmutenden Demokratieideal entgegengesetzten Seite, steht das Negativbild der Postdemokratie:

„Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle [...].“ (ebd.: 10)

Crouch entwirft eine Vorstellung von Postdemokratie als „politische Inszenierung“ (ebd.), die die eigentlichen politischen Aushandlungsprozesse vor den BürgerInnen versteckt und die so das Demokratisch-Politische zu einem elitären Projekt umformt. Seine Kritik setzt damit auf zwei Ebenen an: Die eine lässt sich von Crouchs Demokratieideal ableiten und beschreibt das Ausbleiben von Teilhabe und der mit ihr verbundenen diskursiven wie deliberativen Kommunikation in der politischen Öffentlichkeit; zwar existiert politische Öffentlichkeit auch in der Postdemokratie, jedoch ist sie nicht mehr echt, authentisch, gelebt, kontrovers – sondern eben vorgespielt, künstlich. Dennoch generiert sie kollektiv verbindliche Entscheidungen, jedoch verfügen diese bestenfalls noch über Output-, nicht aber mehr über Teilhabelegitimation. Die zweite Ebene seiner Kritik tritt erst mit der Postdemokratiediagnose selbst auf und kann als für die Degeneration des demokratischen Ideals ursächliche Ebene begriffen werden. Denn Crouch, der hier einen ans Verschwörungstheoretische grenzenden, funktionalistischen Machtbegriff verwendet, sieht in der durch die Illusion des Politischen entstandenen Lücke eine kleine Elite am Werk, die den frei gewordenen Gestaltungsraum für ihre eigenen Belange, sozusagen nach Belieben, ausnutzt:

„In einer Postdemokratie, in der immer mehr Macht an die Lobbyisten der Wirtschaft übergeht, stehen die Chancen schlecht für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie die Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen.“ (ebd.: 11)

Auf dieser ursächlichen Ebene hängen Postdemokratie und Ökonomisierung institutionell zusammen: Es sind ökonomische Eliten, die sich illegitimerweise einen Gestaltungsspielraum angeeignet haben und diesen auch nutzen, der eigentlich den Vielen, dem Demos, zusteht. In dem Maße, wie die ökonomischen Eliten, weil sie gesellschaftlich hegemonial geworden sind, ihre Partikularinteressen gegen das eigentliche Interesse der politischen Gemeinschaft durchsetzen können, stirbt Stück für Stück die Pluralität des Politischen.⁶ Die in der Pluralität des Politischen sozialisierte und demokratisierte Macht wird durch ein hierarchisches Machtgefälle ersetzt, von dem die Elite profitiert und in dem die Masse bloß noch untergeordnet und verfügbar, also nicht mehr aktiv, sondern nur noch passiv ist.

Da die Durchsetzung von Interessen auch in der Postdemokratie noch auf eine rudimentärere, simulierte kommunikative Vermittlung angewiesen bleibt, bedarf die nachhaltige Unterordnung der großen Masse unter die partikularen Interessen einer kleinen Elite einer Plausibilisierungsstrategie. Der Neoliberalismus als „political rationality“⁷ (Brown

6 Zur Genese und Wirkung ökonomischer – und spezifisch: neoliberaler – Hegemonie in der Demokratie vergleiche ausführlich Lösch (2007).

7 Bourdieu/Wacquant (2000: 7) etwa sprechen von einem „Imperialismus der neoliberalen Vernunft“; vergleiche analog auch Crouch (2011: 153 f.): „Doch wie wir gesehen haben, gehört es zur neoliberalen

2006: 693) erweist sich hier als die qualitativ neue Plausibilisierungs- und, in der Konsequenz, Herrschaftsstrategie, die dem gegenwärtigen Ökonomisierungsprozess jene expansive Dynamik verleiht, derer er bedarf, um die Postdemokratisierung etablierter liberaler Demokratien westlichen Typs legitim erscheinen zu lassen und immer weiter voranzutreiben. Unter Rückgriff auf die Analyse Michel Foucaults (2003; hierzu ausführlich Grenier/Orléan 2007) rekonstruiert Wendy Brown den zeitgenössischen Neoliberalismus als einen sprachlich vermittelten Unterscheidungsmechanismus, der aus ökonomischer Perspektive im Politischen bestimmt, was sagbar ist und was nicht:

„[A] political rationality is a specific form of normative political reason organizing the political sphere, governance practices, and citizenship. A political rationality governs the sayable, the intelligible, and the truth criteria of these domains. Thus, while neoliberal political rationality is based on a certain conception of the market, its organization of governance and the social is not merely the result of leakage from the economic to other spheres but rather of the explicit imposition of a particular form of market rationality on these spheres. Neoliberalism [is] a form of political reasoning that articulates the nature and meaning of the political, the social and the subject [...]“ (ebd.).

Ökonomie und Politik beziehungsweise Markt und Staat werden – das ist die bei Brown getroffene Vorannahme – als Bereiche vorgestellt, in denen jeweils eigene, distinkte Reflexions-, Entscheidungs- und Handlungsmodi gelten. Wenn Crouch (2011: 51) in diesem Zusammenhang eine „Dominanz des Marktes“ konstatiert, die sich darin äußert, dass „die Prinzipien des Marktes zum wichtigsten Maßstab des Handelns auch der Institutionen anderer Bereiche werden“, dann verweisen er und auch Wendy Brown damit auf den expansiven Charakter des Neoliberalismus als politische Rationalität, „extending and disseminating market values to all institutions and social actions“ (Brown 2005: 39 f.). Als ursprünglich ökonomische Theorie ist der Neoliberalismus seit dem Ende der 1970er Jahre – also mit zunehmender Wirkmächtigkeit der Ideen der Chicago School um Milton Friedman (ausführlich Klein 2009) – zu einem in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft und dabei insbesondere in der Politik wirkungsmächtigen Denkmuster avanciert. Die im Zuge der Hegemonialwerdung neoliberaler Ökonomisierung implementierten *policy changes* in noch so verschiedenen Politikfeldern – die rein materiell und in der Summe betrachtet immer wieder auf eine Deregulierung der Märkte, auf eine immer weiter reichende Kommodifizierung wenig marktaffiner Regelungsmaterien und auf eine Reduktion politischer Steuerungskompetenz hinauslaufen – repräsentieren lediglich die Oberfläche eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesses. Wie tief die sozialen und politischen Umbrüche im Zuge neoliberaler Ökonomisierung reichen, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass in repräsentativen Demokratien aus legitimatorischen Gründen⁸ politische Entscheidungen immer gegenüber dem Souverän – also den BürgerInnen – begründungspflichtig sind. Dann nämlich kommt neben der materiellen Dimension von Politik – also ihrem Output – auch die immaterielle Dimension in den Blick – nämlich die der Implementierung des Outputs vorgelagerte öffentliche Begründung.

Aus dieser Feststellung ergibt sich schließlich die Problemstellung, an der *ePol* methodologisch und analytisch ansetzen kann. Wenn man davon ausgeht, dass die Postdemokratisierungsdiagnose zutrifft, dann müssten neoliberal inspirierte Argumente in den

Strategie, das ökonomische Denken auf alle Teile der Gesellschaft auszudehnen, so daß [sic!] nirgendwo mehr andere Werte gelten können.“

8 In diesem Sinne schreibt etwa Ralf Ptak (2007: 74) von einer „neoliberalen Implementierungsstrategie“, Christoph Butterwegge (2007: 135 f.) von „Rechtfertigung“, „Diskursstrategien“ und „Legitimationstechniken“.

letzten Jahrzehnten bei der Begründung kollektiv verbindlicher Entscheidungen erfolgreicher gewesen sein als solche, die nicht neoliberal inspiriert waren oder sind. Dabei ist es unerheblich, ob Begründungen dem „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Habermas 1990) folgen, oder einfach nur vorgespielt werden – solange sie Gefolgschaft generieren. Nachgewiesen werden können etwa die rein quantitative Zu- oder Abnahme, aber auch die Konnotation sowie die thematische Bandbreite neoliberal inspirierter Argumente über eine inhaltliche Analyse deutschlandweit erscheinender Qualitätszeitungen. Nimmt man diese als pars pro toto der politischen Öffentlichkeit, so erlauben sie als Archiv öffentlichen Begründens die rückblickende Erhebung neoliberaler Ökonomisierung. Wenn die politische Öffentlichkeit in der Idealvorstellung ein diskursiver und deliberativer Raum der Vielen ist, dann ist anzunehmen, dass die für politische Entscheidungen vorgebrachten Argumente eine breite inhaltliche Varianz aufweisen. Im Zuge der Entfaltung neoliberaler Deutungsmacht in der Postdemokratie müsste diese Varianz auf die Gesamtheit der veröffentlichten Begründungen bezogen dann rückläufig sein, weil neoliberale Argumente zur Durchsetzung von Entscheidungen erfolgversprechender zu sein scheinen als nicht neoliberale. Die neoliberale Ökonomisierung würde dann – mit Blick auf das Auftreten politischer Begründungen – eine Entdifferenzierung des Politischen bedeuten. Diese Entdifferenzierung gilt es in ihrer Genese und all ihren Facetten sichtbar zu machen.

3. Text Mining zur Analyse qualitativer Daten

Qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung arbeiten gegenwärtig überwiegend mit Textdaten, zum Beispiel in Form von Medieninhalten aus Zeitungen und Zeitschriften. Angesichts der Unzulänglichkeiten früherer Ansätze quantitativer Inhaltsanalysen (vgl. Kracauer 1952) wurde seit den 1970er Jahren eine Vielzahl von Methoden entwickelt, mit denen jedoch zunächst nur relativ kleine Textmengen intensiv analysiert werden konnten: „Qualitative analysis at its very core can be condensed to a close and repeated review of data, categorizing, interpreting and writing.“ (Schönfelder 2011: § 29). Während Texte bis vor wenigen Jahren nahezu ausschließlich in Papierform vorlagen und daher nur manuell ausgewertet werden konnten, kann heute in aller Regel digital auf sie zugegriffen werden, wobei hinsichtlich der Digitalisierung zwei Verfahren zu unterscheiden sind. So kann es sich um nachträglich digitalisierte Quellen handeln (retro-digital), wie Abschriften von Notizen oder Protokollen oder um Scans von Zeitungsartikeln. Weitaus größere Textmengen entstehen gegenwärtig indes direkt in digitalen Medien, wie Online-Nachrichtenportalen, Foren, Blogs und sozialen Netzwerken (Facebook, Twitter), in denen noch dazu redaktionell erstellte Inhalte mit *user-generated content* gemischt auftreten können (*natively digital*).

Dieser Prozess einer umfassenden Digitalisierung, der sich einerseits durch eine stetig steigende Menge von Datenmaterial und andererseits durch eine zunehmend einfacher werdende Verfügbarkeit digitaler Textressourcen auszeichnet, stellt die etablierten Methoden der qualitativen Textanalyse hinsichtlich eines systematischen, strukturierten und umfassenden Zugriffs auf die in den Daten enthaltenen Informationen vor eine neue Herausforderung.

Als Reaktion hierauf sind die eher einfachen, schlüsselwortbasierten Frequenzzählungen der 1960er Jahre durch computergestützte Verfahren der Textanalyse abgelöst und hin zu einer (semi-)automatischen Extraktion von Bedeutung erweitert worden (vgl. McNamara 2011). Dennoch sind Computer auch heute noch weit davon entfernt, ein

Textverstehen im Sinne rekonstruktiver Sozialforschung beziehungsweise der Analyse-schritte „interpreting and writing“ (ebd.) zu erbringen. Jedoch bieten sie für die wiederholte Durchsicht und Kategorisierung von Textdaten mittlerweile erstaunlich leistungsfähige Verfahren an, die die Auffächerung der Analyseperspektive von einzelnen kleinen Abschnitten bis hin zu riesigen, manuell unmöglich zu bearbeitenden Dokumentkollektionen ermöglichen. Der italienische Literaturwissenschaftler Franco Moretti (2000; 2007) prägte für diese neuen Möglichkeiten den Begriff des „distant reading“. Der Begriff beschreibt eine Art Vogelperspektive auf Textsammlungen, die im Gegensatz zum traditionellen *close reading*, also der hermeneutischen Interpretation weniger Einzeltexte, einen umfassenderen Zugriff erlaubt. Daraus resultiert insofern eine neue Problemstellung, als sich bei jedem Projekt die Frage stellt, wie genau das Verhältnis zwischen Computer und Mensch auszugestalten ist, so dass die Deutungshoheit über die Befunde bei den Forschenden verbleibt. Verdeutlichen lässt sich dies anhand des *Google Books Library*-Projekts, angesichts dessen der Altphilologe Gregory Crane (2006) die Frage aufwarf: „*What do you do with a Million Books?*“. Um das Potenzial dieser Datenmenge auszuschöpfen, sah er die einzige Lösung in computergestützten Verfahren, die helfen, mittels Digitalisierung, maschineller Übersetzung und Informationsextraktion das in einem solchen Korpus versammelte und durch die schiere Menge an Daten auch immer bis zu einem gewissen Grad unzugängliche Wissen systematisch zugänglich zu machen. Dabei wird notwendigerweise das Verhältnis von Qualität und Quantität in der empirischen Sozialforschung neu definiert. So wird im Allgemeinen die bislang noch immer sehr selektive Textauswahl in qualitativen Studien damit gerechtfertigt, dass es zur Produktion valider Erkenntnisse nicht darum gehe, so viele Fälle wie möglich, sondern möglichst unterschiedliche Fälle zu untersuchen. Dabei bleibt fraglich, inwiefern sich aus einer kleinen Auswahl heraus quantifizierende Aussagen über die Verteilung und damit über die Relevanz dieser Charakteristika in der jeweils untersuchten Grundgesamtheit treffen lassen.

Die bei computergestützten Analysen zumeist eingesetzten klassischen Code-and-Retrieve-Werkzeuge offenbaren jedoch Defizite hinsichtlich der ausgewogenen Berücksichtigung quantitativer und qualitativer Forschungsbedürfnisse: CAQDAS-Programme (computer assisted qualitative data analysis software) wie MAXQDA bieten zwar Auszählungen von einzelnen Codes und Code-Kookkurrenzen, Schlussfolgerungen auf Basis solcher Zählungen sind kaum valide, wenn die der Untersuchung zugrunde liegenden Textsamples nicht nach repräsentativen Gesichtspunkten zustande gekommen sind. Denn die quantitativen Verteilungen der im Untersuchungsmaterial kodierten Kategorien sind im hohen Maße durch die qualitativ begründete Textselektion beeinflusst (Schönfelder 2011). Größere Textmengen, wie sie wiederum notwendig wären, um dem Kriterium der Repräsentativität zu genügen, sind jedoch auch mit CAQDAS-Programmen kaum mehr zu bewältigen.

Im Unterschied dazu können moderne Analyseverfahren des Text Mining qualitative Analyseergebnisse erzielen, die zudem das Kriterium der Repräsentativität erfüllen. Text Mining bezeichnet „computergestützte Verfahren für die semantische Analyse von Texten [...], welche die automatische bzw. semi-automatische Strukturierung von Texten, insbesondere sehr großen Mengen von Texten, unterstützen“ (Heyer et al. 2006: 3). Im Gegensatz zum bloßen ‚Wörterzählen‘, also der einfachen Beobachtung des Auftretens von Zeichenketten, wie sie in der computergestützten Inhaltsanalyse seit den 1960er Jahren betrieben wurde (Kuckartz 2010: 218 ff.), geht es im Text Mining um die Extraktion von Bedeutungsstrukturen. Dazu machen sich Text Mining-Verfahren einerseits sprachstatistische Modelle zunutze, mit denen Informationen zu Zeichenketten aus der Beobachtung

von deren Kontexten abgeleitet werden. Andererseits kommen musterbasierte Verfahren zum Einsatz, mit denen konkrete sprachliche Strukturen (halb-)automatisch aufgefunden werden können. Eine Kombination verschiedener solcher Verfahren kann genutzt werden, um bestimmte Praktiken eines für den jeweiligen Korpus ‚typischen‘ Sprachgebrauchs zu identifizieren und die gewünschten, strukturierten Informationen zu extrahieren. Solche Analysen können je nach Forschungsansatz induktiv, also rein datengetrieben über statistische Ansätze betrieben werden. Sie können aber auch auf Basis vorangegangener, qualitativer Untersuchungen als typische Muster identifiziert und als Hypothese am Text operationalisiert werden, was einem deduktiven Forschungsansatz entspricht. Kennzeichnend für das Text Mining ist die Integration beider Analyseparadigmen in ein gemeinsames Forschungsdesign. Die Qualität der Analyse hängt dabei von den angewandten Algorithmen ab. Je besser diese in der Lage sind, latente Bedeutungen anstelle bloßer Zählungen von Sprachoberflächenphänomenen zu erfassen, desto aussagekräftiger können anschließende Interpretationen der extrahierten Informationen sein.

Hier stellt sich erneut – diesmal allerdings unter spezifischer Berücksichtigung der angewandten Algorithmen – das Problem der Verhältnisbestimmung von Computer und Mensch. Die Möglichkeit zur Validierung der Ergebnisse setzt voraus, dass die eingesetzten Analyseverfahren eine Verbindung zwischen den qualitativen Eingabedaten und den quantifizierten Resultaten beibehalten, sodass eine (stichprobenartige) manuelle Ergebnis-evaluation durch die Forschenden gewährleistet werden kann. Aus diesem Grund sind Anwendungen von Text Mining in der Forschungspraxis nicht vollautomatisch, sondern halbautomatisch ausgelegt. Idealerweise sind sie so gestaltet, dass die Forschenden sowohl einzelne Ergebnisse von Zwischenschritten des Analyseprozesses bewerten und gegebenenfalls Parameter der Prozesse anpassen, als auch bei bestimmten Verfahren ein spezifisch codiertes Vorwissen in den Analyseprozess einspeisen können. Nur wenn eine hinreichende Validität der Ergebnisse von Text Mining-Methoden nachgewiesen werden kann, wird die Akzeptanz der Verfahren in den Sozial- und Geisteswissenschaften weiter steigen.

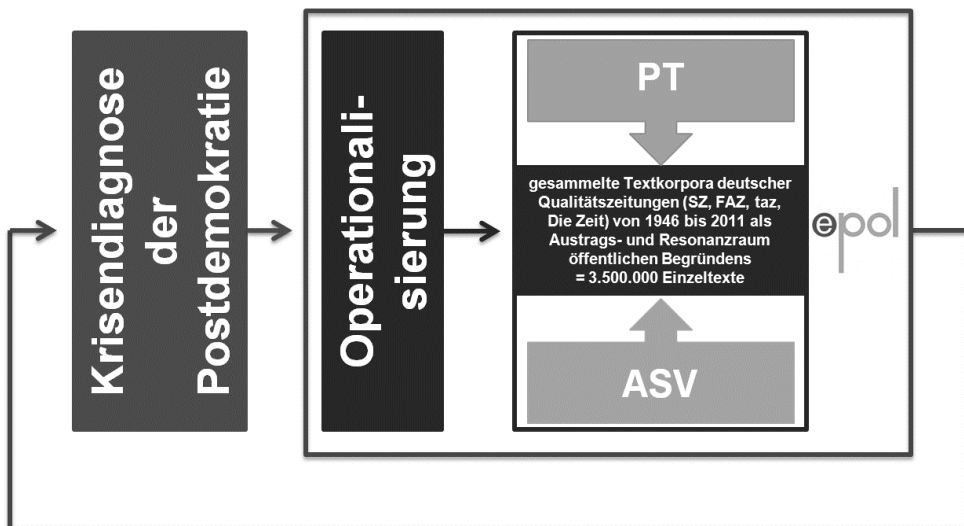


Abb. 1: Schematische Darstellung des iterativen, interdisziplinären Analyseprozesses des ePol-Projekts

Im Rahmen des ePol-Projekts wird diesen Anforderungen an das Forschungsdesign Rechnung getragen, indem in einem interdisziplinären, iterativen Prozess die Schritte von algorithmischer Analyse, manueller Zwischenevaluation und Parameteranpassung solange wiederholt werden, bis die extrahierten Daten den geforderten Gütekriterien entsprechen (Abb. 1). Die iterierte Abfolge von manuellen und automatischen Analyseschritten ergibt einen halbautomatischen Analyseprozess, der Untersuchungen mit einer deutlich gesteigerten Qualität auf Seiten der qualitativen Daten im Vergleich zur automatischen quantitativen Inhaltsanalyse ermöglicht, und der gleichzeitig quantifizierende Aussagen über die Entwicklung und Verbreitung qualitativer Aussagen erlaubt.

Der Einsatz von Text Mining-Verfahren ist zudem mit einer Vielzahl von Methoden der qualitativen Sozialforschung kompatibel. Exemplarische Studien verwenden Text Mining-Verfahren beispielsweise im Zusammenhang mit qualitativer Inhaltsanalyse (Tamayo Korte et al. 2007), Grounded Theory (Janasik et al. 2009; Hong 2009) oder verschiedener Spielarten der Diskursanalyse (Pollak et al. 2011; Baker et al. 2008; Glasze 2007). Insbesondere Methoden der (Kritischen) Diskursanalyse im Anschluss an Foucault zeigen sich offen für den Einsatz von lexikometrischen und korpuslinguistischen Text Mining-Verfahren (Mautner 2012). Dies liegt insofern nahe, als einerseits die Diskursanalyse von Anfang an mit dem Problem der Bewältigung großer Textmengen und sinnvoller Selektionskriterien konfrontiert ist und andererseits Diskurse nicht nur in ihrer Bandbreite qualitativ beschrieben, sondern auch Diskurspositionen in ihrer Relevanz zu bewertet werden sollen. Methoden hingegen, wie beispielsweise die objektive Hermeneutik, die tief in Bedeutungs- und Sinnstrukturen kleiner Textabschnitte vordringen, um verschiedene Alternativen des Verstehens unter Zuhilfenahme textexternen Wissens gegeneinander abzuwägen, können dagegen kaum von computergestützten Verfahren profitieren. Zusammenfassend lässt sich also konstatieren, dass Text Mining in all den Fällen hilfreich ist, die auf eine umfassende Informationsverdichtung abzielen.

4. Daten, Verfahren und erste Ergebnisse

Im Zuge der Analyse neoliberaler Ökonomisierung gilt es in linguistischer Hinsicht zu klären, was ein Argument im Sinne einer Begründung ist, wie es sprachstrukturell aussieht, wann und wie es diskursiv deutungsmächtig wird und wie sich ein einmal erreichter hegemonialer Status auf Struktur und Frequenz eines Arguments oder einer Gruppe von Argumenten auswirkt. Diese Strukturen können dann im Datenkorpus gesucht und die einschlägigen Texte für weitere Analysen zugänglich gemacht werden. Die Analyse neoliberaler Ökonomisierung in der politischen Öffentlichkeit stützt sich im ePol-Projekt auf Volltextkorpora der *Süddeutsche Zeitung* und der *TAZ* sowie der Wochenzeitschrift *DIE ZEIT*. Zusätzlich steht aus dem Volltextkorpus der *FAZ* eine repräsentative Stichprobe zur Verfügung. Insgesamt ergibt dies einen Korpus von circa 3,5 Millionen Zeitungsartikeln, die als repräsentatives Archiv öffentlichen Begründens für den Untersuchungszeitraum angenommen werden können.⁹

Um die Masse an Zeitungstexten aus mehreren Jahrzehnten bewältigen zu können, kommen die oben bereits beschriebenen Text Mining-Verfahren zum Einsatz. In metho-

9 Daten des ePol-Projekts: *DIE ZEIT* (1946–2011), 405.836 Artikel; *taz* (1986–2011), 1.392.102 Artikel; *Süddeutsche Zeitung* (1992–2011), 1.561.862 Artikel; *FAZ* (1949–2011), 186.000 (Stichprobe).

dologischer Hinsicht gilt es, speziell für das Erkenntnisinteresse der Identifikation neoliberaler Ökonomisierung angepasste (semi-)automatische Analyse-Tools zu entwickeln, die im Rahmen der theoretisch vorgegebenen Anforderungen eine zielgenaue Identifikation neoliberaler Begründungen erlauben. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Verfahren der Textstatistik, der musterbasierten Analyse und des Machine Learning zu Anwendungen wie Frequenzanalysen, Kookkurrenzanalysen, Themenidentifikation, Sentiment-Analysen und Informationsextraktion adaptiert und kombiniert.

Frequenzanalysen zählen relative und absolute Häufigkeiten von Schlüsselbegriffen im Untersuchungskorpus, was erste Hinweise auf die Verbreitung von bestimmten sprachlichen Mustern geben kann. Über Diktionäre lassen sich mehrere Schlüsselworte zu semantischen Konzepten verdichten und als solche in ihrer Entwicklung im Untersuchungszeitraum beobachten. Der Aufbau solcher Diktionäre kann einerseits deduktiv erfolgen, auf Basis von Forscherintuition oder manueller Auswertungen von Ausschnitten des Zeitungskorpus. Bei einem solchen Vorgehen besteht die Gefahr, gerade in einem besonders langen Analysezeitraum wichtige Konzepte beziehungsweise die sie definierenden Begriffe zu übersehen und andere, weniger relevante, aber höherfrequente Begriffe überzubewerten. Deshalb sollte zusätzlich auf einen datengetriebenen Ansatz zurückgegriffen werden, der die wichtigsten Begriffe zum Aufbau konzeptueller Diktionäre aus spezifischen Textkollektionen automatisch extrahiert. Mit *Kookkurrenzanalysen* – also der Berechnung von Begriffen, die überzufällig häufig gemeinsam mit einem bestimmten Begriff innerhalb eines Satzes, Absatzes oder Dokuments auftreten – kann der typische Gebrauchskontext von Wortformen innerhalb eines Korpus untersucht werden. Ein Vergleich solcher Gebrauchskontexte im Zeitverlauf lässt auf Veränderungen des semantischen Gehalts der untersuchten Begriffe schließen. So lassen sich auch hier wieder rein datengetriebene Begriffe identifizieren, deren Kontexte sich besonders stark verändert haben beziehungsweise die besonders stabil geblieben sind. Globale Begriffszusammenhänge auf Ebene ganzer Dokumentkollektionen können beispielsweise mit Hilfe von *Topic Models* identifiziert werden (Blei 2012). Die mit diesem Verfahren automatisch berechneten Begriffszusammenhänge, sogenannte Topics, können als latente Sinnkomplexe oder Thematiken interpretiert werden, deren Verteilung über den Korpus insgesamt untersucht werden kann. Diese Verteilungen wiederum lassen sich zur *Themenidentifikation* anwenden, mit deren Hilfe auf Artekelebenen bestimmte Themenkategorien (beispielsweise zur Außen- oder Bildungspolitik) in der Untermenge von Artikeln aus dem Politik-Ressort des Zeitungskorpus separiert werden können. Mit Hilfe von musterbasierten *Informationsextraktionsverfahren* in Verbindung mit Verfahren des *Machine Learning* werden anschließend wiederkehrende Aussageregelmäßigkeiten innerhalb solcher thematischen Subkorpora gesucht. Durch *Sentiment-Analysen* können solche Aussageregelmäßigkeiten, die in bewertender Absicht Bezug auf bestimmte Sachverhalte nehmen, automatisch in positive, negative oder neutrale oder auch in gänzlich andere Kategorien klassifiziert werden.

Über die genannten Verfahren zur Identifikation von Aussageregelmäßigkeiten hinaus lassen sich noch weitere, wiederholt in Argumentationen auftretende Sprachphänomene identifizieren, die von ihrer Anlage für den jeweiligen Kontext spezifisch sind – im Falle neoliberalen Argumentierens also etwa die Verweise auf die vermeintliche Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen oder die berühmte ‚schwäbische Hausfrau‘. Zur Identifikation solcher Phänomene können mittels manueller Analysen in Stichproben des Gesamtkorpus prototypische Textabschnitte als ‚Trainingsdaten‘ angegeben werden. In

einem zweiten Schritt werden diese dann zum Ausgangspunkt eines maschinellen Verfahrens, das wiederkehrende Merkmale aus den Trainingsdaten extrahiert und gewichtet, um anschließend vergleichbare Muster automatisch im Gesamtkorpus aufzufinden. Analog zu manuellen Verfahren der Inhaltsanalyse kann so eine zusätzliche, für die Suche nach neo-liberaler Argumentation spezifische Kategorienbildung zur verbesserten Auffindbarkeit argumentativer Strukturen im Sinne der Fragestellung des Projekts erreicht werden. Im Unterschied zu manuellen erlauben computergestützte Verfahren jedoch eine weitgehende Vollständigkeit in der Erfassung der Kategorien. Zudem kann, durch eine umfassende Dokumentation des Vorgehens und die damit ermöglichte intersubjektive Nachvollziehbarkeit des maschinellen Verfahrens, eine deutliche Steigerung bei der Reliabilität der Ergebnisse erzielt werden.

Um den Datenbestand des Projekts für die vorgenannten Verfahren automatischer Sprachanalyse aufzubereiten, wurden die von den Verlagen im hierfür gegenwärtig einschlägigen Standardformat als xml-Dateien gelieferten Artikel in einer gemeinsamen Datenbank zusammen mit Metadaten gespeichert. Metadaten sind unter anderem das Erscheinungsdatum eines Textes, der Verlag, das Ressort, die Seitenzahl, auf der der Text erschienen ist, oder die Länge des Artikels. Zur Zeit befindet sich die Software, die zur Steuerung und Durchführung der halbautomatischen Analysen erforderlich ist, noch in der Entwicklung. Ziel ist es, den Analysezugriff auf die Daten für Suchanfragen aus der Politischen Theorie über eine Browser-Applikation abzuwickeln, die eine Volltextsuche, Dokumentanzeige, Analyseprozesssteuerung und Ergebnisvisualisierung bereitstellt (Abb. 2). Dadurch bleibt sowohl die Stärke des automatisierten Analyseverfahrens in Form einer zielgenauen, überblicksartigen Informationsbeschaffung in großen Datenmengen erhalten wie auch die individuelle Stärke des Forschers beziehungsweise der Forscherin in Form menschlicher Interpretationsleistungen.

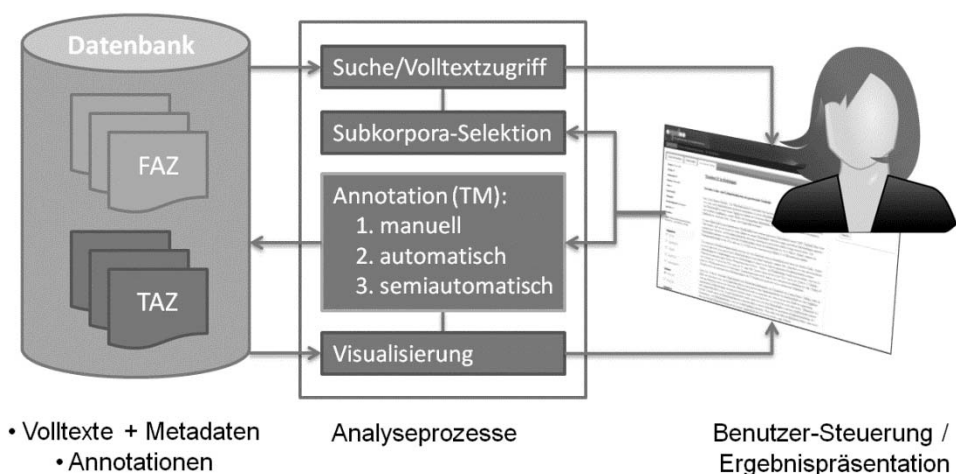


Abb. 2: Text Mining-Architektur zur Analyse diachroner Zeitungskorpora

Zeitungstexte können in der Suchmaske nach bestimmten Kriterien (Erscheinungszeitpunkt oder -zeitraum, Publikation, Ressort, Schlüsselworte oder sonstige Metadaten) abgefragt und zu einer Untermenge des Korpus zusammengestellt werden. Auf solchen Subkorpora können wiederum verschiedene weitere Analysen beziehungsweise Annotationen

vorgenommen werden. Folgende Zwischenschritte zur Erschließung der Daten für Analysezwecke wurden im Rahmen des Projekts bislang realisiert:

CorpusWorker: Die Webapplikation stellt eine Infrastruktur für Suchanfragen bereit, die, basierend auf einem Volltextindex aller im Projekt berücksichtigten 3,5 Millionen Zeitungsartikel, Suchen von EndanwenderInnen entsprechend der oben angegebenen Kriterien ermöglicht. Ergebnismengen von Suchabfragen nach Schlüsselworten oder Metadaten lassen sich als *Heatmap* visualisieren, um einen ersten Eindruck quantitativer Verteilungen zum Beispiel von Suchwörthäufigkeiten über den Analysezeitraum zu erhalten. Die Ergebnisse solcher Suchen lassen sich als separate Textkollektionen abspeichern und anschließend weiter bearbeiten, etwa indem weitere Analyse-Tools hinzugezogen werden. Dazu ist eine schrittweise Weiterentwicklung und Anpassung des *CorpusWorkers* erforderlich, die bislang noch nicht implementierte Verfahren wie Topic Models oder Sentiment-Analysen in Abstimmung mit den Anforderungen der PolitikwissenschaftlerInnen zugänglich macht.

Wörterbuch des Neoliberalismus: Wie oben ausgeführt, lässt sich die Erstellung von Diktionären als Ausgangsschritt für weitere Artikelselektionen oder Frequenzanalysen mit Hilfe automatischer Termextraktionsverfahren realisieren. Um auf diesem Weg einen Einstieg in die Zeitungsdaten zu finden, wurden systematisch Texte gesammelt, die die von TheoretikerInnen des Neoliberalismus typischerweise verwendete Sprache abbilden. Typische Begriffe, wie sie in Publikationen von Friedrich August Hayek, Milton Friedman und anderen Verwendung finden,¹⁰ wurden über *Frequenzzählungen* berechnet, sodass, basierend auf diesen Ergebnissen, ein rein rechnerisch etabliertes ‚Wörterbuch des Neoliberalismus‘ aufgestellt werden konnte. Mit dessen Hilfe können im weiteren Verlauf *Konzepte*, im Sinne von Begriffsumfeldern, zur Suche in den Textdaten auf einer methodisch kontrollierten Grundlage entwickelt werden. Die anschließende manuelle Evaluation von Belegstellen des Vorkommens der automatisch extrahierten Begriffe in den Texten der TheoretikerInnen kann dazu beitragen, korpus- oder themenspezifische Verwendungszusammenhänge und Konnotationen zu verstehen. So kann etwa geklärt werden, ob die so identifizierten, relevanten Begriffe tatsächlich mehrheitlich in den erwarteten beziehungsweise interessierenden Kontexten gebraucht werden, oder ob für sie Verwendungszusammenhänge jenseits des Erkenntnisinteresses des Projekts dominieren. Anschließend können die Verwendungsweisen mit denen in den Zeitungsdaten verglichen werden.

Das ‚Wörterbuch des Neoliberalismus‘ liefert somit einen ersten Eindruck, wie sich die Konzepte und Ansätze neoliberalen Denkens (in wissenschaftlich-theoretischer Ausprägung) sprachlich manifestieren. Die hieran anknüpfende Analysestrategie beinhaltet, dass diese Konzepte und Ansätze in einen sprachlichen und für den Computer auffindbaren Zusammenhang mit neoliberaler Ökonomisierung gebracht werden müssen. Daher soll in einem nächsten Schritt untersucht werden, welche Zeitungstexte die Konzepte aus dem ‚Wörterbuch des Neoliberalismus‘ enthalten und welche Argumentationsmuster in diesen Texten verstärkt auftreten. Dabei kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar abgeschätzt werden, wie zielgenau sich der Abgleich von wissenschaftlich-theoretischer

10 Die ‚Top 20‘ der extrahierten Begriffe aus Publikationen neoliberaler TheoretikerInnen lauten: ‚Mensch‘, ‚Freiheit‘, ‚Preis‘, ‚Regeln‘, ‚Inflation‘, ‚Gesellschaft‘, ‚Ordnung‘, ‚Regierung‘, ‚Geldmenge‘, ‚Wissen‘, ‚verschieden‘, ‚Einkommen‘, ‚bestimmt‘, ‚einzelne‘, ‚Jahr‘, ‚Staat‘, ‚groß‘, ‚Gesetz‘, ‚Zeit‘ und ‚Geld‘. Das Gewicht jedes Terms wird berechnet als Produkt des absoluten Vorkommens und der Wahrscheinlichkeit seines Auftretens in einem per Topic Model bestimmten Thema.

Sprache – die als Ausgangspunkt des Wörterbuches diene – und ihre journalistische Interpretation für die Identifikation neoliberaler Argumentation anwenden lässt.

In einem ersten tentativen Versuch wurden, basierend auf einer *Frequenzzählung*, die Verbreitung der Alternativlosigkeitsrhetorik anhand von Begriffen wie „alternativlos“, „keine Alternative“, „unverzichtbar“ et cetera in den Zeitungstexten im zeitlichen Verlauf untersucht. In bestimmten Ressorts ist ein deutlicher Anstieg der Verwendung eines solchen Vokabulars nachweisbar (in ‚Politik‘ zum Beispiel stärker als in ‚Wirtschaft‘), was nahelegt, dass sich quantitative Messungen der Änderung des Sprachgebrauchs für die Klärung der Forschungsfrage eignen. Gleichzeitig bleibt die qualitative Bewertung der Ergebnisse schwierig, solange lediglich schlüsselwortbasierte Auszählungen vorgenommen werden, ohne thematische und inhaltliche Kontexte ausreichend zu berücksichtigen. So ist bislang offen, ob beispielsweise die zunehmende Verwendung von Alternativlosigkeitsrhetorik mit der argumentativen Schließung politischer Argumentation bei bestimmten Entscheidungen einhergeht oder ob lediglich die journalistische Interpretation dieser Rhetorik (und ihre beständige Wiederholung) abgebildet wird.

5. Nächste Schritte

Aus den oben beschriebenen Befunden resultiert für die weitere Forschung die Notwendigkeit, die Transformation der neoliberalen Konzepte aus dem politiktheoretischen in den journalistischen Diskurs nachvollziehen und allgemein beschreiben zu können. Hierfür müssen reine *Frequenzzählungen* (von Schlüsselworten, Wörterbüchern oder komplexeren sprachlichen Konstrukten wie Argumenten) mit Kontextinformationen in Zusammenhang gebracht werden, um ihnen eine Bedeutung geben zu können. Neoliberale Begründungslogiken dürften sich in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich sprachlich manifestieren – so kann zum Beispiel erwartet werden, dass effizienz- und wachstumstheoretische Argumente in bildungspolitischen Zusammenhängen anders artikuliert werden als in der Finanzpolitik. Deswegen müssen semantische Kategorien jenseits der bereits vorhandenen zur Annotation der Texte bestimmt werden, durch die Beobachtungen eines sprachlichen Ereignisses mit Kontextinformationen verknüpft werden können.

Dieses Vorhaben wird durch die Verwendung von Topic-Modellen realisiert, die eine Identifikation gleichartiger Debatten ermöglichen. Anhand eines Vergleichs der so gewonnenen Daten zu Ausprägungen ökonomisierten Begründens in den Zeitungsdaten mit den Konzepten des ‚Wörterbuchs des Neoliberalismus‘ lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den journalistischen beziehungsweise politiktheoretischen Verwendungen feststellen. Das Ziel dieses Vorgehens besteht darin, ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich Argumentations- und Begründungslogiken des wissenschaftlichen Diskurses in verschiedenen Teildiskursen des medial vermittelten politischen Diskurses übersetzen.

Mit diesem Wissen werden – so die über die nächsten, unmittelbaren Schritte hinausgehende mittelfristige Forschungsstrategie – die Konzepte des ‚Wörterbuchs des Neoliberalismus‘ in Suchstrategien überführt, mit deren Hilfe die für das Projekt relevanten Dokumente aus dem Korpus über einen semantischen Zugriff selektiert werden können. Die Selektion von Subkorpora durch semantische Text Mining-Verfahren führt zu einer deutlich treffsichereren Auswahl von Artikeln für weitere Schritte der (semi-)automatischen Inhaltsanalyse, als dies mit herkömmlichen, rein keywordbasierten Verfahren möglich wäre. Anhand der Selektion relevanter Dokumente werden in weiteren, manuellen Schrit-

ten Informationen darüber verdichtet, wie die im Rahmen der Analyse ökonomisierten Begründens interessanten Argumentationen auf syntaktischer Ebene funktionieren. Syntaktische Informationen über die den Argumenten zugrunde liegenden Satzstrukturen, wie zum Beispiel der Gebrauch linguistischer Konnektoren (,weil‘, ,sodass‘, ,aufgrund‘ etc.) können zusammen mit inhaltlichen Mustern genutzt werden, um einen Klassifikator¹¹ zu trainieren (Blessing/Schütze 2010). Größere Textmengen aus den thematisch selektierten Subkorpora können dann automatisch nach diesen Argumentstrukturen durchsucht und ausgewertet werden. Zusammenfassend betrachtet ergeben sich aus diesen Überlegungen die folgenden Schritte: (1) Untersuchung der Transformation der relevanten Konzepte aus dem ‚Wörterbuch des Neoliberalismus‘ in politische und journalistische Verwendungsweisen; (2) Selektion von Subkorpora des Gesamtkorpus auf Basis von Themen und sprachlichen Konzepten des Neoliberalismus; (3) Manuelle Identifikation prototypischer neoliberaler Argumente in den Subkorpora; (4) Verdichtung der inhaltlichen und syntaktischen Merkmale dieser Argumente zu Argumentstrukturen zum Aufbau einer validen Trainingsmenge für ein Textklassifikationsverfahren; (5) Anwendung des Klassifikators auf die jeweilige Grundgesamtheit; (6) Quantitative Auswertung der Ergebnisse und politiktheoretische Interpretation.

Aus Sicht der automatischen Sprachverarbeitung besteht die Herausforderung der hier skizzierten, mittelfristigen Forschungsstrategie darin, die manuell identifizierten Argumente in maschinell auffindbare Strukturen zu überführen. Da es nicht möglich ist, allein durch manuelle Beobachtung weniger Fundstellen zuverlässige Merkmale und Regeln anzugeben, die ein neoliberales Argument auszeichnen, wird der Rückgriff auf maschinelle Lernverfahren unumgänglich sein. Gerade weil davon auszugehen ist, dass sich in journalistischen Texten eine im Vergleich zu wissenschaftlichen Texten relativ begrenzte Vielfalt neoliberalen Argumentierens findet, können deren konstitutive Merkmale mit Hilfe maschineller Lernverfahren erschlossen werden.

Nach der Etablierung eines Best-Practice-Verfahrens für die (semi-)automatische Analyse ökonomisierter Argumente werden weitere Untersuchungen anschlussfähig. Denkbar wäre etwa ein Vergleich der Varianzen des Gebrauchs ökonomisierter Argumentationen in verschiedenen Politikfeldern, der zum Beispiel in der Gesundheits-, der Bildungs- oder der Familienpolitik Anhaltspunkte dafür zu finden vermag, wie erfolgreich oder wenig erfolgreich ökonomisierte Kommunikationsstrategien je nach Themenfeld eingesetzt werden.

Literatur

- Altenried, Moritz, 2012: Aufstände und Rassismus und die Krise des Kapitalismus. England im Ausnahmezustand, Münster.
- Baker, Paul / Gabrielatos, Costas / Khosravini, Majid / Krzyzanowski, Michael / McEnery, Tony / Wodak, Ruth, 2012: A useful methodological synergy? Combining critical discourse analysis and corpus linguistics to examine discourses of refugees and asylum seekers in the UK press. In: *Discourse & Society* 19, 273–306.
- Beyme, Klaus von, 2013: Von der Postdemokratie zur Neodemokratie, Wiesbaden.

11 Unter einem Klassifikator versteht man einen Algorithmus, der Datensätze in verschiedene Klassen einsortieren kann. Das Anlernen der Klassen wird in der sogenannten Trainingsphase mit Hilfe von Beispielen durchgeführt, deren Klasse manuell festgelegt wurde. Die Klassifikation selbst basiert auf Merkmalen, die aus den Datensätzen generiert werden.

- Blei, David M., 2012: Probabilistic Topic Models. Surveying a suite of algorithms that offer a solution to managing large document archives. In: *Communications of the ACM* 55, 77–84.
- Blessing, Andre / Schütze, Hinrich, 2010: Self-annotation for fine-grained geospatial relation extraction in *Proceedings of the 23rd International Conference on Computational Linguistics*, 80–88.
- BMBF, 2011: Bekanntmachung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von Richtlinien zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben aus dem Bereich der eHumanities; <http://www.bmbf.de/foerderungen/16466.php>, 16.01.2012.
- Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc, 2000: *Schöne neue Begriffswelt*. In: *Le Monde diplomatique* vom 12.05.2000, 7.
- Brown, Wendy, 2005: *Edgework: critical essays on knowledge and politics*, Princeton.
- Brown, Wendy, 2006: *American Nightmare: Neoliberalism, Neoconservatism, and De-Democratization*. In: *Political Theory* 34, 690–714.
- Busa, Roberto A., 2004: Foreword: Perspectives on the Digital Humanities. In: Susan Schreibman / Raymond G. Siemens / John Unsworth (Hg.), *A Companion to Digital Humanities*, Malden (Mass.), xvi–xxi.
- Butterwegge, Christoph, 2007: Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. In: Ders. / Bettina Lösch / Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*. Unter Mitarbeit von Tim Engartner, Wiesbaden, 135–220.
- Crane, Gregory, 2006: What do you do with a Million Books? In: *D-Lib Magazine* 12 (3), <http://www.dlib.org/dlib/march06/crane/03crane.html>, 01.04.2013.
- Crouch, Colin, 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt (Main).
- Crouch, Colin, 2011: *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. *Postdemokratie II*, Berlin.
- Foucault, Michel, 2003: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*. Band III: 1976–1979, Frankfurt (Main).
- Glasze, Georg, 2007: Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* 8; <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702143>, 01.02.2012.
- Grenier, Jean-Yves / Orléan, André, 2007: Michel Foucault, l'économie politique et le libéralisme. In: *Éditions de l'E.H.E.S.S. Annales. Histoire, Sciences Sociales* 62, 1155–1182.
- Habermas, Jürgen, 1990: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie einer bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt (Main).
- Hessel, Stéphane, 2011a: *Empört Euch!* Aus dem Französischen von Michael Kogon, Berlin.
- Hessel, Stéphane, 2011b: *Engagiert Euch!* Stéphane Hessel im Gespräch mit Gilles Vanderpooten. Aus dem Französischen von Michael Kogon, Berlin.
- Heyer, Gerhard / Quasthoff, Uwe / Wittig, Thomas, 2006: *Text Mining: Wissensrohstoff Text – Konzepte, Algorithmen, Ergebnisse*. Bochum.
- Hong, Chao-Fu, 2009: Qualitative Chance Discovery – Extracting competitive advantages. In: *Information Sciences* 179, 1570–1583.
- Janasik, Nina / Honkela, Timo / Bruun, Henrik, 2009: Text Mining in Qualitative Research Application of an Unsupervised Learning Method. In: *Organizational Research Methods* 12, 436–460.
- Klein, Anna / Heitmeyer, Wilhelm, 2011: Demokratieentleerung und Ökonomisierung des Sozialen: Ungleichwertigkeit als Folge verschobener Kontrollbilanzen. In: *Leviathan* 39, 361–383.
- Klein, Naomi, 2009: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt (Main).
- Kracauer, Siegfried, 1952: The challenge of qualitative content analysis. In: *Public Opinion Quarterly* 16, 631–642. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/2746123>, 21.05.2013.
- Kuckartz, Udo, 2010: *Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten*. 3., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lazer, David / Pentland, Alex / Adamic, Lada / Aral, Sinan / Barabasi, Albert L. / Brewer, Devon / Christakis, Nicholas / Contractor, Noshir / Gutman, Myron / Jebara, Tony / King, Gary / Macy, Michael / Roy, Deb / Van Alstyne, Marshall, 2009: *Computational Social Science*. In: *Science* 323, 721–723.
- Lemke, Matthias, 2012: *Die Ökonomisierung des Politischen*. Entdifferenzierungen in kollektiven Entscheidungsprozessen. Discussion Paper Nr. 2. Schriftenreihe des Verbundprojekts Postdemokratie und Neoliberalismus, Hamburg / Leipzig.

- Lösch, Bettina, 2007: Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie. In: Christoph Butterwegge / Dies. / Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus. Unter Mitarbeit von Tim Engartner, Wiesbaden, 221–283.
- Manovich, Lev, 2012: Computational humanities vs. digital humanities; <http://lab.softwarestudies.com/2012/03/computational-humanities-vs-digital.html>, 14.03.2013.
- Mautner, Gerlinde, 2012: Language, space and the law: A study of directive signs. In: The International Journal of Speech, Language and the Law 19, 189–217.
- McNamara, Danielle S., 2011: Computational Methods to Extract Meaning From Text and Advance Theories of Human Cognition. In: Topics in Cognitive Science 3, 3–17.
- Moretti, Franc, 2000: Conjectures on World Literature. In: New Left Review 1, 54–68.
- Moretti, Franco, 2007: Graphs, maps, trees. Abstract models for literary history. London / New York.
- Niekler, Andreas / Jähnichen, Patrick / Heyer, Gerhard, 2012: ASV Monitor. Creating Comparability of Machine Learning Methods for Content Analysis. Proceedings of the ECML-PKDD 2012, Bristol.
- Pollak, Senja / Coesemans, Roel / Daelemans, Walter / Lavrac, Nada, 2011: Detecting Contrast Patterns in Newspaper Articles by Combining Discourse Analysis and Text Mining. In: Pragmatics 21, 647–683.
- Ptak, Ralf, 2007: Grundlagen des Neoliberalismus. In: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ders., Kritik des Neoliberalismus. Unter Mitarbeit von Tim Engartner, Wiesbaden, 13–86.
- Rancière, Jacques, 1995: La Méésentente: Politique et philosophie, Paris.
- Ritzi, Claudia, 2013: Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit, Wiesbaden.
- Rosanvallon, Pierre, 2006: La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance, Paris.
- Rousseau, Jean-Jacques, 2011: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart.
- Sandel, Michael J., 2012: What money can't buy. The moral limits of markets, New York.
- Schaal, Gary S. / Ritzi, Claudia, 2012: Neoliberalismus und Postdemokratie. Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie. In: ethik und gesellschaft 6; http://www.ethik-und-gesellschaft.de/dynasite.cfm?dssid=5550&dsmid=113235#dsarticle_991446, 16.4.2013.
- Schönfelder, Walter (2011): CAQDAS and Qualitative Syllogism Logic – NVivo 8 and MAXQDA 10 Compared. In: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 12 <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1101218>, 21.05.2013.
- Schreibman, Susan / Siemens, Raymond G. / Unsworth, John, 2004 (Hg.): A Companion to Digital Humanities, Malden (Mass.).
- Streek, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.
- Tamayo Korte, Miguel / Waldschmidt, Anne / Dalman-Eken, Sibel / Klein, Anne, 2007: 1000 Fragen zur Bioethik – Qualitative Analyse eines Onlineforums unter Einsatz der quantitativen Software MAXDiction. In: Udo Kuckartz (Hg.), Qualitative Datenanalyse computergestützt. Methodische Hintergründe und Beispiele aus der Forschungspraxis, 2. Auflage, Wiesbaden, 163–174.
- Unsichtbares Komitee, 2010: Der kommende Aufstand, Hamburg.
- Wolin, Sheldon, 2008: Democracy incorporated: managed democracy and the specter of inverted totalitarianism, Princeton.

<http://www.clarin.eu>, 21.05.2013.

<http://www.dariah.eu>, 21.05.2013.